

II-3743 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1826 IJ

1986 -01- 24

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. König
und Kollegen

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Maßnahmen zur Entlastung der Steuerzahler von den
Pensionszuschüssen für die ÖBB

Nach dem Budget 1986 müssen die österreichischen Steuerzahler
den ÖBB 25 Milliarden Schilling zuschießen, 9,4 Milliarden
Schilling allein als Pensionszuschuß. Das Verhältnis von
Aktivitätsaufwand zu Pensionsaufwand beträgt bereits 74,8 %,
während bei der Post vergleichsweise der Pensionsaufwand
nur 34,5 % des Aufwandes für Aktive ausmacht.

Der Rechnungshof hat sich in seinem Prüfbericht über das
Verwaltungsjahr 1981 mit der Pensionsfrage ausführlich beschäftigt
und festgestellt: "Das eigentliche Pensionsproblem der ÖBB
liegt nach Auffassung des Rechnungshofes aber nicht darin, daß
die Eisenbahner frühzeitig in den Ruhestand treten dürfen,
sondern daß sie es auch tatsächlich tun." Und er stellt
weiter fest: "Die volle Pension gebührt einem ÖBB-Bediensteten
mit 35 Dienstjahren, deren Erreichung schon im 53. Lebensjahr
möglich ist. Angehörige des ehemaligen "begünstigten Dienstes"
(Fahr- und Verschubdienst) können unter bestimmten Voraussetzungen
bereits nach 30 Dienstjahren mit Anspruch auf volle Pension
in den Ruhestand treten, d.h. im 48. Lebensjahr. Wie eine
Untersuchung der fast 2.000 Ruhestandsantritte des Jahres 1979
ergab, sind 67 von 100 dieser neuen Pensionisten spätestens
mit dem 54. Lebensjahr in den Ruhestand getreten."!

Der ernsthafte Versuch, den Steuerzahler zu entlasten, kann der Frage der ÖBB-Zuschüsse, insbesondere der Zuschüsse zu den Pensionen, nicht aus dem Wege gehen.

Die ÖVP hat bereits den Vorschlag unterbreitet, durch nicht auf die Pension anrechenbare Zulagen ein längeres Verbleiben der Eisenbahner in der Aktivlaufbahn zu erreichen. Dadurch werden wohlerworbene Rechte respektiert und trotzdem kommt es für den Steuerzahler noch immer billiger als wenn er 80 % der Pension und den Aufwand für einen Aktiven mit einem Zuschuß stützen muß. Die eingesparten Mittel sollen für Investitionen in der Wirtschaft zur Verfügung stehen, um dort neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e :

1. Haben Sie sich mit dem ständigen Steigen der Zuschüsse zu den ÖBB-Pensionen und mit einer laufenden Verschlechterung des Verhältnisses von Pensionsaufwand zu Aktivaufwand abgefunden ?
2. Wenn nein, wie lautet Ihr Konzept für eine Entlastung der Steuerzahler von den Zuschüssen zu den ÖBB-Pensionen ?
3. Wie stehen Sie zum Vorschlag der ÖVP, durch ein nicht auf die Pension anrechenbares Prämiensystem ein längeres Verbleiben der Eisenbahner in der Aktivlaufbahn und damit eine Entlastung der Steuerzahler zu erreichen ?